

Als der Truppenübungsplatz „entbehrlich“ wurde

Von Willi Dittgen

Am 11. November 1920 wurde die „Siedlungsgesellschaft für den Kreis Dinslaken mbH“ gegründet. Am 8. März 1950 bekam diese Gesellschaft neue Form und Grundlage. Sie nennt sich seitdem „Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft für den Kreis Dinslaken mbH“. Das Stammkapital, das 1920 noch 30 000 Mark betrug, hat inzwischen eine Höhe von über 3 Millionen erreicht. Entsprechend ist die Leistungsfähigkeit gestiegen, sind die Aufgaben gewachsen. Und da sich der Gründungstag nun zum fünfzigsten Male jährt, bietet sich ein guter Anlaß, ein Jubiläum zu feiern, sich einer bewegten Vergangenheit zu erinnern und das bisher Erreichte gebührend zu würdigen.

Zwischen dem ersten Datum (1920) und dem zweiten (1950) liegen drei Jahrzehnte. Zeitgeschichtlich waren fast ähnliche Situationen gegeben. In beiden Fällen war ein Weltkrieg zu Ende gegangen, der für uns in eine Katastrophe mündete. Und doch waren die Bilder des Alltags anders. Die Zeit nach dem ersten Weltkrieg, die ersten Friedensjahre, waren alles andere als friedlich. Es war eine turbulente Zeit, angefüllt mit Hunger, Not, Erwerbslosigkeit, Armut, Streik und Bürgerkrieg. Am 3. April 1919 erklärte der kommandierende General des VII. Armeekorps, Generalleutnant Freiherr von Watter, in Münster im Kreis Dinslaken den Belagerungszustand. Ein Jahr später, am 22. März 1920, besetzte die „Rote Armee“ im Zusammenhang mit dem Kapp-Putsch in Berlin die Stadt Dinslaken und rückte bis zur Lippe vor. Und zwischen beiden Ereignissen, Belagerungszustand und Bürgerkrieg, beschloß der Kreistag in seiner Sitzung am 17. Februar 1920 eine Kreissiedlungsgesellschaft zu gründen und für diese den Truppenübungsplatz in Friedrichsfeld zu erwerben. Nach dem verlorenen Krieg gab es keine Soldaten mehr. Dafür kamen Flüchtlinge aus Westpreußen und Elsaß-Lothringen, die der Krieg hierhin verschlug. Und nun beginnt ein neues Kapitel des Truppenübungsplatzes, nämlich die Geschichte der Kreissiedlungsgesellschaft.

Diese Geschichte nimmt ihren dokumentarischen Anfang mit einem Brief des Landesfinanzamtes Düsseldorf an die Dinslakener Kreisverwaltung, mit der Nachricht, daß der Truppenübungsplatz für militärische Zwecke „entbehrlich“ geworden sei und „möglichst nutzbringend“ verwertet werden solle. Es könne daher ein „freihändiger“ Verkauf zum Höchstangebot stattfinden.

Regierungsrat Moll, der damals die Geschäfte des Landrats besorgte, setzte sich mit Elan für dieses Projekt ein. Er wußte vor allem die Verwaltungschefs der Gemeinden davon zu überzeugen, daß sich hier die einmalige Gelegenheit bot, ein großes Areal als Siedlungsgebiet in die Hand zu bekommen, auf dem sich auch neue Industrien niederlassen konnten.

Industrieunternehmer sind öffentlichen Körperschaften immer um eine Nasenlänge voraus. Thyssen hatte bereits in Friedrichsfeld nach Kohlen gebohrt. Sogar die Trasse für die Zechenbahn lag bereits fest. Die geplante Zeche ist allerdings nicht gebaut worden. Dafür wurde am 11. November 1920 die Siedlungsgesellschaft für den Kreis Dinslaken gegründet. Das Stammkapital wurde auf 30 000 Mark festgesetzt. Davon übernahm der Kreis 24 000 Mark, während die übrigen Gesellschafter zunächst mit je 1000 Mark in das Unternehmen einstiegen. Zu diesen Teilhabern gehörten die Gemeinden des Kreises, die Siedlungsgesellschaft „Rheinisches Heim“ zu Bonn, die Rheinische Wohnungsfürsorgegesellschaft zu Düsseldorf. Später kamen noch hinzu: der landwirtschaftliche Kreisverband Dinslaken, die Gewerkschaft Friedrich Thyssen Hamborn, die Provinzial-Fürsorgestelle für Flüchtlinge in Münster und die Zentral-Siedlungsgesellschaft „Neue Heimat“ in Berlin. Die Ziele, die den Gründern vorschwebten, waren im § 2 des Gesellschaftsvertrages verankert:

„... sollen kinderreiche Familien bevorzugt werden“

„Die Errichtung, Vergrößerung, Verwaltung und Vergebung der Wohn- und Wirtschaftsheimstätten im Kreise Dinslaken für Arbeiter, Handwerker, Kleinbauern, untere und mittlere Beamte sowie Angehörige der diesen sozial gleichstehenden Berufsstände, insbesondere auch für Kriegsbeschädigte, Kriegerwitwen und Kriegsteilnehmer. – Die Tätigkeit der Gesellschaft soll auf die Verbesserung der Wohn- und Wirtschaftsverhältnisse der Anzusiedelnden gerichtet und unbeschadet einer nach kaufmännischen Grundsätzen zu führenden Wirtschaft gemeinnützig sein. Bei der Vergebung der Heimstätten sollen kinderreiche Familien bevorzugt werden.“

Wie aus dem „Gegenstand des Unternehmens“ hervorgeht, war für die Gründer die Kreis-Siedlungsgesellschaft ausschließlich eine soziale Einrichtung. Wesentliche Aufgabe war, Siedlerstellen zu schaffen, Vertriebene und sozial Schwache selbsthaft zu machen und ihnen eventuell durch Bereitstellung von Ackerland eine bescheidene Existenzgrundlage zu geben. Es kamen Menschen, die mit viel Idealismus und wenig Geld ein neues Leben beginnen wollten. Manche brachten praktisch nur ihre Arbeitskraft mit. Außerdem gab der karge Sandboden kaum etwas her. Zwischen Heidekraut und Birken konnte kein Spargel gedeihen.

Die ersten Gehversuche der Kreissiedlungsgesellschaft waren nicht leicht, und rückschauend können wir die Männer, die den Mut aufbrachten, ein solches Unternehmen zu planen und in Gang zu setzen, nur bewundern. Nicht nur die Ausgangsposition war denkbar ungünstig, auch die Folgezeit brachte immer neue Schwierigkeiten.

Kaum waren die „Roten“ abgezogen, rückten belgische Soldaten als „Besitzer“ in Friedrichsfeld ein. Fast gleichzeitig rollte die Lawine der Geldentwertung so tief, bis man für einen amerikanischen Dollar vier Billionen Mark zahlen mußte. Der neue Start mit der „Goldmarkeröffnungsbilanz“ zum 1. Januar 1924 wurde gedämpft durch einen Rechtsstreit mit dem Reichsfinanzminister, der den Vorwurf machte, die Siedlungsgesellschaft erfülle den Kaufvertrag nicht. Insbesondere betreibe sie keine landwirtschaftliche Siedlung, wie dies der Wille der Vertragsschließenden gewesen sei und verkaufe sogar Gelände zu Industriezwecken ohne Genehmigung des Landeskulturamtspräsidenten. Dabei war dem Kläger entgangen, daß die Sanddünen einfach nicht für landwirtschaftliche Nutzung zu gebrauchen waren. Schließlich gelang es dem Landrat Schluchtmann, alle Unstimmigkeiten über die Vertragsauslegung zu beseitigen. Der Nutzungsplan wurde vom Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk anerkannt. Vor allem wurden auch Industrieflächen ausgewiesen. Eine Zwischenbilanz am 1. Mai 1926 verzeichnete, daß bis dahin von der Kreissiedlungsgesellschaft 165 neue Wohnungen geschaffen wurden.

Die allgemeine Gesundung von Industrie und Handel, die nach der Inflation und der deutschen Mark einsetzte, wurde jäh unterbrochen von einer Weltwirtschaftskrise, die in den letzten Monaten des Jahres 1929 begann und auch die Ruhrwirtschaft erfaßte. Noch im Jahre 1932 lebte fast die Hälfte der Kreisbevölkerung von Arbeitslosenunterstützung und öffentlicher Fürsorge. In Friedrichsfeld, dem Sitz der Siedlungsgesellschaft, war es noch schlimmer.



Bergarbeiter-Kleinsiedlung in Bruckhausen. Hier wurden in den Jahren 1952 bis 1958 insgesamt 208 Kleinsiedlerstellen mit je einer Einliegerwohnung und 39 Mietwohnungen für Bergarbeiter errichtet.

Die Geschäftsführung wußte nicht ein noch aus, und es setzte eine Sanierungsaktion ein, die sich über die nächsten Jahre hinzog und die Substanz der Gesellschaft mehr und mehr abbaute. Ein Gesellschafter nach dem anderen, auch die Gemeinden, schieden aus, so daß zum Schluß nur noch der Kreis übrig blieb, da er mit den Verbindlichkeiten auch die Grund- und Sachwerte übernahm. Der Konkurs konnte zwar vermieden werden, doch kam es zu mehreren Zwangsversteigerungen, bei denen der Kreis fast das gesamte unbebaute Gelände erwarb. Damit hatte sich der Kreis einen großen Geländekomplex gesichert, der ihm später für die Industrieansiedlung gute Dienste leistete. Die Kreissiedlungsgesellschaft aber mußte sich in der Folgezeit darauf beschränken, die bisher errichteten Baulichkeiten und Miethäuser zu verwalten.

„Besser als ihr Ruf“

So verblieben der Gesellschaft bis zum Ende des letzten Krieges 159 Häuser mit 410 Wohnungen und 15 Ladenlokalen. Außerdem hatte sie bis zu diesem Zeitpunkt 175 Siedlerstellen mit 250 Wohnungen errichtet. Das ist immerhin eine Leistung, wenn man bedenkt, daß die Gesellschaft eine Zeit mit schwersten politischen und wirtschaftlichen Erschütterungen durchstehen mußte, die immer wieder eine gedeihliche Entwicklung infrage stellten. Der Weltkrieg Nr. 2, der unsere engere Heimat verwüstete, richtete auch an den Gebäuden der Siedlungsgesellschaft erhebliche Schäden an. Von den 410 Wohnungen waren 1945 nur 174 bewohnbar. 68 Gebäude waren zu über 60 Prozent beschädigt oder vollkommen zerstört. Unter der Leitung des neuen Geschäftsführers Hugo Mueller wurde schon bald mit dem Wiederaufbau begonnen. Die damaligen Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Baumaterial und Arbeitskräften sind bekannt und brauchen hier nicht geschildert zu werden. Immerhin mußte sich die ganze finanzielle Kraft der Gesellschaft auf die Beseitigung der Kriegsschäden konzentrieren.

Am 1. August 1945 wurde die Verwaltungsarbeit mit nur vier Angestellten wieder aufgenommen. Es galt, wenn auch unter den denkbar schlechtesten Bedingungen, die notwendigsten Reparaturen bei den noch halbwegs bewohnbar gebliebenen Gebäuden auszuführen. Bis zur Währungsreform gelang es immerhin, kleinere und mittlere Schäden vorläufig zu beheben. Die Ausbesserung der schadhaften Dächer mußte verschoben werden.

In der DM-Eröffnungsbilanz zum 21. Juni 1948 wurde das Stammkapital im Verhältnis 10:1 auf ganze 5000 DM umgestellt.

Die nach dem zweiten Weltkrieg anlaufenden Siedlungsprojekte veranlaßten die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat, recht bald für eine Kapitalaufstockung zu sorgen, um nicht wieder in eine ähnliche Lage zu geraten, wie sie sich zwischen den beiden Weltkriegen abgespielt hatte.



Neustraße in Dinslaken nach der Zerstörung 1945 mit Blick vom „Neutor“

Ein wichtiges Ereignis aus dieser Zeit war der 26. Oktober 1949. In einer öffentlichen Versammlung im Bahnhofshotel Dinslaken – die Spitzen der Behörden und der Industrie des Kreises waren erschienen – referierte der damalige Verbandsdirektor Dr. A. Flender vom Verband rheinischer Wohnungsunternehmen, Düsseldorf, über Vorteile und Aussichten der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft und betonte die Zweckmäßigkeit und die Notwendigkeit, sich der bestehenden Einrichtung zur Linderung der Wohnungsnot zu bedienen. Als der Redner feststellte: „Die Siedlungsgesellschaft ist besser als ihr Ruf“, fanden sich in der anschließenden Diskussion weitere Befürworter, die bereit waren, die Gesellschaft durch Beitritt zu unterstützen. Nach allem, was vorausgegangen war, bedeutete es für die Gemeinden, die schon einmal auf ihre Anteile verzichten mußten, keine leichte Entscheidung.

Die Wohnbau

Am 8. März 1950 wurde die „Siedlungsgesellschaft für den Kreis Dinslaken mbH“ in „Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft für den Kreis Dinslaken mbH“ umbenannt, und die vom Landkreis Dinslaken allein getragene Gesellschaft auf eine neue Basis gestellt. Die Tätigkeit, bisher fast nur auf den Raum des ehemaligen Truppenübungsplatzes Friedrichsfeld beschränkt, sollte nun auf das ganze Kreisgebiet ausgedehnt werden.

Der Landkreis Dinslaken war nicht in der Lage, das notwendige Eigenkapital allein aufzubringen. Es meldeten sich auch einige Industriegesellschaften, wovon, wie sich später noch zeigen sollte, mächtige Impulse für die Wohnungsbautätigkeit ausgingen.

Das Stammkapital wurde am 8. März 1950 auf 359 500 DM aufgestockt. Beteiligt waren:

1. Landkreis Dinslaken
2. Rheinische Heimstätte
3. Stadt Dinslaken
4. Gemeinde Walsum
5. Amt Gahlen
6. Amt Voerde
7. Thyssen'sche Gas- und Wasserwerke
8. Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft
9. Gustav Hoffmann GmbH
10. „Die Selbsthilfe“

In rascher Folge wurde dann das Stammkapital der Gesellschaft in fünf weiteren Aufstockungen auf über 3 Millionen DM erhöht.

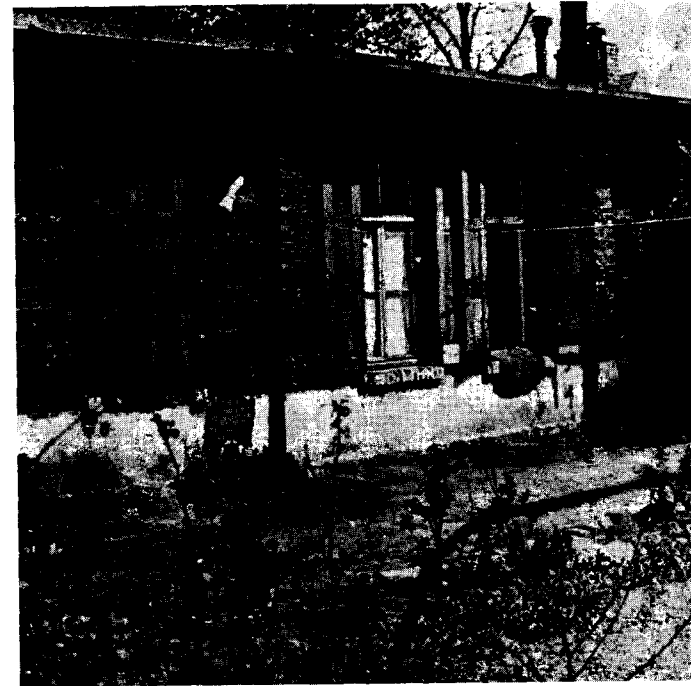
Am Jubiläumstag sind beteiligt:

I. Gebietskörperschaften

Kreis Dinslaken, Stadt Dinslaken, Stadt Walsum, Gemeinde Voerde und Amt Gahlen.



Werkwohnungen für Stahlarbeiter in Dinslaken an der Hünxer Straße aus den Jahren 1904/06



Hier entstand der (spätere) Ortskern Friedrichsfeld

II. Industrie und gewerbliche Wirtschaft

August Thyssen-Hütte AG, Hamborner Bergbau AG, Bergwerksgesellschaft Walsum AG, Deutsche Babcock & Wilcox AG, BP Benzin und Petroleum AG, Aachener und Münchener Versicherungs-AG, Provinzial Feuerversicherungsgesellschaft, Gustav Hoffmann GmbH.

Die Wandlung der Aufgaben und der wachsende Geschäftsumfang machten eine ständige Kapitalaufstockung erforderlich. Auch dies ist heute wieder ein aktuelles Thema. Die Erweiterung der Geschäftstätigkeit spiegelt sich am deutlichsten in den Bilanzsummen der einzelnen Jahre wider.

Die Verlegung der Verwaltung der Kreissiedlungsgesellschaft nach Dinslaken, die Gründung der „Wohnbau“ und die Errichtung eines modernen, den gestiegenen Anforderungen entsprechenden Bürohauses, sind Stationen, die die wachsende Bedeutung der Gesellschaft erkennbar machen.

Neu-Friedrichsfeld

Es ist verständlich, daß sich die Gesellschaft nach dem Krieg zunächst dem Wiederaufbau des sogenannten ehemaligen Barackenlagers in Friedrichsfeld zuwandte und sich in dem Bereich einsetzte, auf dem sie 1920 begonnen hatte.

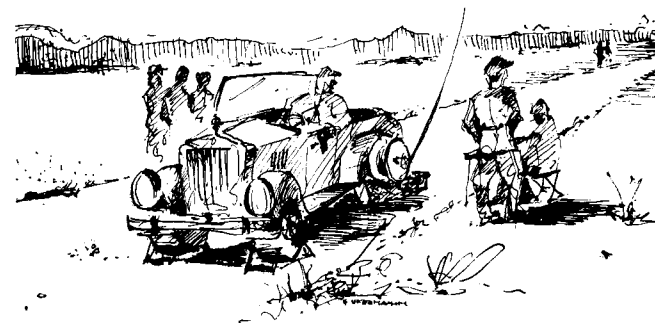
Es wäre wenig sinnvoll und Materialverschwendung gewesen, wenn man versucht hätte, die Baracken zu reparieren. So entstand auf dem Barackengelände ein neuer Ortskern Friedrichsfeld, der ein geordnetes, städtebaulich ansprechendes Äußere und mit Kirche, Schule, Marktplatz und kleinem Geschäftszentrum den Charakter eines modernen Gemeinwesens erhielt. Die Zahl der Wohnungen wurde verdoppelt. Vom alten Barackenlager wurde lediglich der alte Baumbestand in die neue Siedlung einbezogen. Heute erinnert nur noch ein kleiner Park mit alten Kriegerdenkmälern an das Lager, das einst für französische Kriegsgefangene gebaut wurde und dann über Jahrzehnte deutschen Soldaten als Unterkunft diente. Neben der baulichen Umgestaltung wandelte sich auch fast unauffällig die Bevölkerungsstruktur. Die Bewohner der Baracken, die sich Jahrzehnte an unzulängliche Wohnverhältnisse gewöhnt hatten, konnten oft nicht mit den nun gebotenen besseren sanitären und kultivierten Gegebenheiten fertig werden. Doch bei den meisten bot das Eingewöhnen an bessere Verhältnisse keine Schwierigkeit, zumal ein starker Zuzug neue Menschen nach Friedrichsfeld brachte.

Da die Mittel, die die Bundesregierung zur Verfügung stellte, reicher als je zuvor für den Wohnungsbau bereitgestellt wurden, konnte sich auch die „Wohnbau“ größeren, städtebaulich interessanten Projekten zuwenden. So wurde im ur-eigensten Revier, der Friedrichsfelder Heide, ein großes Demonstrativprogramm in Gang gesetzt und mit erheblichem Kapital, das der Bund zur Verfügung stellte, realisiert.

Jetzt hatte die Gesellschaft die einmalige Chance, die schon seit 1920 in Gang befindliche Besiedlung in diesem Gebiet zu ordnen und zu einer größeren Einheit zusammenzufassen. Die Planung für den westlichen Teil auf dem Gebiet der Ge-



Ehemaliges Bürogebäude der Siedlungsgesellschaft für den Kreis Dinslaken mbH in Friedrichsfeld



Segelflugplatz in den Sanddünen der „Fuchsberge“ 1930 (jetzt Industriegelände der „BP-Ruhr-Raffinerie“)

meinde Voerde war durch vorhandene Straßen und einzelne bereits errichtete Bauten in gewissem Umfang bereits festgelegt, während für den östlichen Teil auf dem Gebiet der damaligen Gemeinde Bucholtswelmen noch die Möglichkeit einer freieren Gestaltung bestand.

Im Vergleich zu den zwanziger Jahren mit ihrer permanenten Not, ewigen Beschränkung und kleinlichen Improvisation konnte nun nach einem großzügigen, städtebaulich vorbildlichen Konzept ein großes Programm in einem Zuge realisiert werden. Mehrfamilienhäuser und Eigenheime, Reihenhäuser und Bungalows konnten hier zu einer vielgestaltigen organischen Einheit zusammengefaßt werden, in Gestalt und Form, wie sie die Gründer der Gesellschaft zwar erträumt, aber nie erreicht hatten. Es wurden bei diesem Sonderprogramm 260 Eigenheime und 296 Mietwohnungen errichtet.

Intermezzo: Nissenhütten

Ein Kuriosum der ersten Nachkriegsjahre waren in Walsum und Dinslaken-Lohberg die sogenannten „Nissenhütten“. Noch heute erinnert uns die Hüttenstraße in Walsum daran, die nichts, wie Nichteingeweihte unterstellen können, mit der August Thyssen-Hütte zu tun hat. Die Engländer waren es, die uns mit dieser für uns ungewohnten Wohnform beglückten. Wie in einer Tonne hausten dort die Familien in einer Baracke, die ein halbrundes Wellblechdach hatte. Eigene große Bauprogramme wurden hierfür geplant und durchgeführt: über 400 solcher Nissenhüttenwohnungen standen allein in Walsum. Doch erkannte man bald, daß diese „Blechtönnen“ für deutsche Verhältnisse nur eine vorübergehende Lösung darstellen konnten. Bereits Anfang der fünfziger Jahre begann man mit dem Abbruch der recht kostspieligen Nissenhütten und errichtete dafür massive Steinbauten. Auf den Fundamenten der Nissenhütten wurden neue Häuser gebaut.

Für Bergleute und Stahlarbeiter

In einem Kreis, der so stark von Kohle und Stahl abhängig ist, wurden in den letzten Jahren mehrere große Siedlungsobjekte entwickelt und fertiggestellt, die vornehmlich für Bergleute und Stahlarbeiter aus öffentlichen Mitteln gefördert wurden. Allein im Kreisgebiet Dinslaken sind 8000 Wohnungen für den Bergarbeiter auf Grund des Kohleabgabegesetzes vom 23. Oktober 1951 entstanden. Auch hier sollte die Eigentumsbildung Vorrang vor dem Mietwohnungsbau bekommen. Der Zwang zu steigender Kohleförderung und der starke Zuzug nach Dinslaken und Walsum gaben hier Impulse zu großzügiger Planung und schneller Verwirklichung anstehender Projekte.

Das Einfamilienhaus mit Garten wurde die Norm, um den Bergmann hier seßhaft zu machen. Ein gutes und schönes Beispiel für diese Zielsetzung ist die Brömmekamp-Siedlung in Bruckhausen mit 172 Kleinsiedlerstellen.

In diesem Zusammenhang soll auch ein anderes großes Siedlungsprojekt erwähnt werden, das von der „Siedlung Niederrhein GmbH“ in Möllen geplant und gebaut wurde. Diese Siedlungsgesellschaft, 1922 gegründet, verfolgt ähnliche Ziele wie die „Wohnbau“. Das Möllener Projekt einer Bergmannssiedlung ist in dieser Betrachtung besonders interessant, weil sich hier auf dem Feld hinter dem Wohnungswald das wiederholte, was sich kurz nach der Jahrhundertwende am Fuß des Lohberg und im Feld des Bauernhofes Wehofen ereignete. Weitab von Dorf und Stadt wurde eine Bergarbeitersiedlung für den Schacht Walsum gebaut. Noch bevor das Land vermessen war, begannen die Arbeiten zur Vorbereitung der Baumaßnahme, und die Baummaschinen rückten an, als das Getreide noch auf dem Halm stand. So entstand in vier Jahren eine Siedlung von über 800 Mietwohnungen und über 250 Eigenheimen. Großzügige Freiflächen zwischen den einzelnen Wohnhäusern, schöne Gärten und andere Freizeitmöglichkeiten schaffen ein angenehmes „Wohnklima“. Der Fortschritt zwischen 1908 und 1958 ist sowohl im Brömmekamp wie in Möllen unverkennbar.

Neue Finanzquelle: Marshall-Plan

Interessant ist, daß die US-Verwaltung schon 1945 ähnliche Pläne für den Wohnungsbau der Bundesrepublik entwickelt hat. Insgesamt wurden 100 Millionen DM aus Marshall-Plan-Geldern zur langfristigen Finanzierung bereitgestellt. Von den neuen für den Bergbau vorgesehenen Projekten wurde eine Siedlung zwischen dem Walsumer Ortskern und Wehofen für die Schachtanlagen 2/5 der Friedrich Thyssen AG und die Bergwerksgesellschaft Walsum errichtet. Diese „MSA-Siedlung“ umfaßt 362 Eigenheime mit 447 Wohnungseinheiten. Der Zwang zur Einsparung von Baukosten führte zu einer ausgefeilten Typisierung und zu rationalen Grundrißlösungen. Besondere Aufmerksamkeit wurde der Ausrichtung nach Süden und der direkten Verbindung zum Garten gewidmet. Damals lagen die Verkaufspreise zwischen 19 000 und 33 000 DM. Da fehlendes Eigenkapital aus der Kohlenabgabe vorfinanziert werden konnte (zinslos und jährlich 10 % Tilgung) war dem Bergmann genug Anreiz geboten, sich für eine Siedlerstelle zu bewerben.

In der zweiten Phase gewann der Wohnungsbau für Stahlarbeiter wachsende Bedeutung, da gerade große Industriebetriebe in und außerhalb des Kreises einen erheblichen Bedarf anmeldeten. Das Land Nordrhein-Westfalen war sich der wirtschaftspolitischen Bedeutung der Eisen- und Stahlindustrie in unserem Land bewußt und hat für die zweckgebundene Finanzierung eines Wohnungsbauprogramms für Stahlarbeiter erhebliche Mittel bereitgestellt. Auf diesem Sektor wurden im Kreis Dinslaken mehrere Großprojekte durchgeführt, die zur Zeit insgesamt 4300 Wohnungseinheiten umfassen. Neben den öffentlichen Mitteln wurden erstellte Hypotheken bereitgestellt. Hinzu kamen steuerbegünstigte Darlehen des Arbeitgebers. Verbleibende Finanzierungslücken wurden durch eigene Mittel geschlossen.



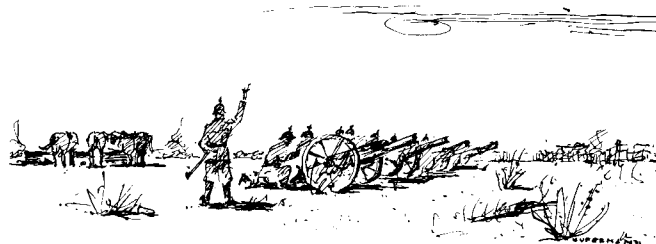
Von 1950 bis 1953 befanden sich die Verwaltungsräume der „Wohnbau Dinslaken“ in obenstehendem Altbau in Dinslaken an der Eppinghovener Straße. Das Gebäude wurde inzwischen abgebrochen.

Die Industrie als Schrittmacher

Heute wird man sich bei der Förderung des Wohnungsbaus nicht mehr auf bestimmte Industriezweige konzentrieren. Das Land fördert den Wohnungsbau für alle Betriebe, die zur Strukturverbesserung des Landes beitragen. Es hat keinen Sinn Arbeitsplätze zu schaffen, wenn die Wohnungen für die Arbeiter fehlen. Da der Kreis, begünstigt durch seine Lage an der Rheinschiene, in den letzten Jahren erhebliche Industrieprojekte realisiert hat, ist im gleichen Zuge auch eine verstärkte Siedlungstätigkeit notwendig geworden.

Neben diesen zukunftsorientierten Projekten wurde auch der Bau von Alte-Leute-Wohnungen nicht vergessen. In jeder Gemeinde hat die „Wohnbau“ Häuser errichtet, die sich in ihrer Gestalt und Einrichtung den Bedürfnissen alter Leute anpassen.

So entstehen in unserem Kreis immer neue große Siedlungsobjekte, die mit der industriellen Entwicklung Schritt halten. Eine enge Zusammenarbeit mit den Gemeinden war wesentliche Voraussetzung für große Leistungen beim Bau von Siedlungen. Der Ankauf von Vorratsgrundstücken gab zuverlässige Ausgangspositionen. Daß die „Wohnbau“ zur Zeit mit besonderer Aufmerksamkeit sich um die Besiedlung und Verwirklichung eines städtische Akzente setzenden Ortskerns für die Gemeinde Voerde bemüht, zeigt als Beispiel die herausragende Bedeutung der Gesellschaft für die Besiedlung des Kreises Dinslaken.



Artillerieschießen auf dem alten Truppenübungsplatz der „Spellener Heide“

Heute, wie vor 50 Jahren, ist sich die Gesellschaft ihrer sozialen Aufgabe bewußt, Menschen ein menschenwürdiges Zuhause zu bauen, gesunde Wohnungen zu schaffen und ihnen dort, wo sie ihren Lebensunterhalt verdienen, auch eine Heimat zu geben. Die Aufgaben haben neue und größere Dimensionen bekommen, das Ziel von 1920 ist geblieben.

Teilansicht eines viergeschossigen Wohnblocks Ecke Scholtenbusch/Dorfstr. in Dinslaken-Hiesfeld



Größere geschlossene Siedlungen der „Wohnbau Dinslaken“

Baumaßnahmen	Baujahr	Wohnungen
Friedrichsfeld, Ortskern und Lindenweg	1948–1966	639
Dinslaken, Gneisenau-/Feld-/Herzogstraße	1950–1969	353
Voerde, Schwanen-/Bahnhofstraße	1950–1969	505
Walsum, Dr.-Wilhelm-Roelen-Straße/Rosengarten	1952–1955	241
Dinslaken, Luisen-/Krusenstraße	1952–1965	417
Walsum, Lindensiedlung/Heinestraße	1952–1968	670
Bruckhausen, Brömmenkamp/Heisterweg	1952–1968	479
Walsum, Būsacker-/Lehnackerstraße	1955–1968	292
Dinslaken, Am Weyer/Rolandstraße	1956–1969	323
Friedrichsfeld, Demonstrativprogramm	1960–1969	600
Dinslaken, Kranichweg/Dorfstraße	1964–1969	354